

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

September 1978

Evangelische Verantwortung

Heft 9/1978

Zwischen Schuld und Vergebung

Lieber Leser!

Im Evangelischen Monatsblatt „Kirche und Mann“ August 1978 hat Bernhard Gronemeyer aus „evangelischer Verantwortung ein deutliches Wort“ zur Affäre Filbinger vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU gefordert. Er begründet dies mit dem Hinweis, daß durch diese Affäre eine große Staats- und Parteienverdrossenheit entstehen könnte, entgegen den Bemühungen des Arbeitskreises, und die Bedeutung moralischer Werte und persönlicher Integrität im politischen wie im gesamten gesellschaftlichen Leben mißachtet werden.

Wenngleich der Verdacht nicht ganz von der Hand zu weisen ist, die oben beschriebene Forderung verfolge das Ziel, den Evangelischen Arbeitskreis in Verlegenheit zu bringen – zumal Bernhard Gronemeyer und seine politischen Freunde sonst nichts auf seine Stimme geben – sollte ihm eine Antwort zuteil werden. Allerdings wird diese nicht, wie im Stillen von ihm wohl erhofft, als deutliches Wort für oder gegen Filbinger ausfallen, denn angesprochen auf das „evangelisch“ sollte diese Antwort auch „evangelisch“ sein.

Dies ist um so eher möglich, weil der Evangelische Arbeitskreis in diesem Zusammenhang auf Kriterien zur Beurteilung eines Sachverhaltes zurückgreifen kann, die Eberhard Jüngel auf der Bundestagung in Mainz 1974 genannt hat. „Eine christlich orientierte Frage nach Zukunft und Hoffnung hat sich folglich an dem zu orientieren, der allein definitiv zwischen möglich und unmöglich unterscheidet. Theologie hat also zunächst einmal Abstand zu nehmen von der Wirklichkeit der Welt, wenn sie sich am Streit um die Wirklichkeit und deren Zukunft beteiligen will. Denn Theologie ist grundlegend Rede von Gott, und das heißt Rede von dem, der das Mögliche allererst möglich macht und das Unmögliche – das, was nicht sein soll – möglich zu machen verwehrt.“ Nun handelt es sich zwar in unserem Fall nicht um die christlich orientierte Frage nach Zukunft und Hoff-

nung, sondern um die Frage der Schuld, wie auch Bernhard Gronemeyer zustimmen wird, wenn er ein „deutliches Wort“ vom Evangelischen Arbeitskreis verlangt. Die von Jüngel angegebene methodische Grundlegung bleibt jedoch vom Wechsel des Themas unberührt, für dessen Bewältigung in diesen Tagen ganz besonders die von Jüngel zitierte lutherische Warnung gilt, „nur ja nicht alles ineinander und durcheinander zu mengen wie eine unflätige Sau.“ Die Antwort wird daher nicht unpolitisch sein, aber doch den Versuch machen, richtig zu unterscheiden und damit eine protestantische Position einnehmen, die zwar nicht unbestritten ist – wie dürfte sie auch –, aber auf eine gute Tradition zurückblicken kann und sich gerade heute zu Wort melden muß, wenn es darum geht, das öffentliche Klima nach dem Streit der Meinungen zu entgiften.

Der eigentliche Vorwurf, der Filbinger gemacht wird, ist nicht nur, daß er als Marinerichter härtere Urteile gefällt habe, als nötig gewesen wäre, sondern seine heutige Unfähigkeit zu trauern, sich immer nur selbst zu rechtfertigen und höchstens hinterher noch einige Worte des Bedauerns folgen zu lassen. (Zahrnt) Wer so argumentiert, übersieht zunächst, daß wir es heute mit Menschen zu tun haben, die in unterschiedlichen geschichtlichen Situationen zu handeln hatten. Für die Situation im Dritten Reich kann vorausgesetzt werden, daß die Obrigkeit in einzelnen Fällen ihren Auftrag überschritten hat. Für diesen Fall gilt nach Bonhoeffer: „Es ist aber nicht erlaubt, aus diesem Verstoß verallgemeinernd zu folgern, daß diese Obrigkeit nun auch in anderen oder gar in allen anderen Forderungen keinen Anspruch auf Gehorsam mehr hat. Der Ungehorsam kann immer nur eine konkrete Entscheidung im Einzelfall sein. Verallgemeinerungen führen zu einer apokalyptischen Diabolisierung der Obrigkeit.“ (Ethik, S. 364) Dies bedeutet aber für den Einzelnen, wie Bonhoeffer anschließend hervorhebt, nur in persönlicher Verantwortung handeln zu können. „Die Verweigerung des Gehorsams in einer bestimmten geschichtlichen, politischen Ent-

scheidung der Obrigkeit kann ebenso wie diese Entscheidung selbst nur ein Wagnis auf die eigene Verantwortung hin sein.“ (ebd S. 365) Die damals in der Verantwortung standen, bestätigen bis heute die schwierigen Situationen, in die so mancher gekommen war, der gewissenhaft entscheiden wollte. Sie brechen am wenigsten den Stab über solche, die dann möglicherweise auch einmal versagt haben, während sie an anderen Stellen mutig widerstanden hatten. Wer heute urteilt oder gar verurteilt, muß also sehr vorsichtig sein. Diese Gesichtspunkte geben Filbinger recht, wenn er sagt, daß er nicht mehr und nicht weniger schuldig sei als alle anderen auch, die damals lebten. Eppers Vorwurf, dies sei eine unerträgliche Behauptung von Kollektivschuld, wäre also nicht aufrecht zu erhalten.

Eine weitere Frage ist, ob es der Bewältigung unserer Vergangenheit dient, wenn die Schnüffelei, wie von Hochhut praktiziert, Schule macht. Natürlich werden Probleme nicht gelöst – schon gar nicht das unserer sogenannten unbewältigten Vergangenheit –, indem sie verschwiegen und verdrängt werden. Darin ist Werner Birkenmaier zuzustimmen, doch es sind nicht nur psychoanalytische Gründe, die das Verdrängte in veränderter Form wiederkehren lassen. (DAS Nr. 33, 13. 8. 1978) Die Aufgabe der Schuldbewältigung ist nicht allein ein psychoanalytisches, sondern vor allem ein theologisches Problem; denn hier wird wie nirgend sonst das Gottesverhältnis des Menschen berührt, und zwar in voller Breite, mit Blick auf die Geschichte der Völker wie auch auf die Geschichte des Einzelnen. Nochmals ist auf Bonhoeffers Erwägungen aufmerksam zu machen, daß Gott in der Geschichte der Völker aus Fluch Segen, aus Unrecht Recht, aus Kreuz Frieden machen kann. Dann wird zwar Schuld nicht gerechtfertigt, nicht aufgehoben und nicht vergeben, sie bleibt bestehen, aber die Wunde, die riß, ist vernarbt. Alles kommt darauf an, ob vergangene Schuld tatsächlich vernarbt ist. „Nicht alle geschlagenen Wunden können geheilt werden, aber entscheidend ist, daß nicht weitere Wunden gerissen werden.“ (ebd S. 126) Die Frage an die evangelischen Theologen und Synodalen von Zahrnt bis Epper geht also dahin, wie weit sie nicht neue Wunden gerissen und einen Heilungsprozeß unterbrochen haben, so daß damit die sensible Frage nach der Schuld für parteipolitische Ziele mißbraucht wurde. Nicht nur rot, sondern schamrot müßte sein, wer als evangelischer Christ nach einer „moralisch“ geführten Debatte um die Schuld eines Einzelnen zu Stimmengewinn und also in ein Staatsamt kommt. Die eigentlich theologische Darlegung der Schuldfrage zeigt zugleich, aus welchen Gründen die Debatte um Filbinger so unerquicklich verlaufen mußte. Wer sich daran wirklich als Christ, gar als Theologe beteiligen will, wird einen methodischen Schritt mit vollziehen müssen, den Bonhoeffer so formulierte: „Nicht von der Welt zu Gott, sondern von Gott zur Welt geht der Weg Jesu Christi und daher der Weg allen christlichen Denkens.“ (Ethik S. 378 f.) Auf diesem Wege zur Welt hat Gott den Menschen das Gesetz und die Gebote gebracht und Jesus Christus entschlüsselt uns, was der Sinn dieser Gebote sein kann und was sie für uns bedeuten. In-

dem Jesus Christus diesen Auftrag wahrnimmt, werden wir darauf hingewiesen, daß der Mensch aus sich kein unmittelbares Wissen um das Gebot Gottes und den Sinn des Gesetzes mitbringt. Das muß ihm erst gesagt werden und das wird ihm von Gott durch Christus gesagt, darum nämlich, weil der Mensch durch selbständige Erkenntnis der Gebote verzweifeln müßte.

Genau dies gilt auch für die Schuldkenntnis. Nicht aus sich, sondern durch Christus kommt der Mensch zur Buße und Erkenntnis von Schuld. Daraus ergibt sich, wie wenig Menschen andere Menschen zur Schuldkenntnis bringen können, wenn sich Gott in Christus diese Möglichkeit selbst vorbehalten hat. Dazu hat H. J. Iwand so theologisch korrekt wie eindringlich formuliert: „Während wir sozusagen jeden Menschen am Halse ziehen möchten, damit er ein Geständnis macht, legt Jesus mit einer solchen Freiheit das Gesetz aus, daß man sagen muß: Es ist so... Er bindet nicht schwere Lasten auf und rührt dann keinen Finger, sondern es wird deutlich: „Mein Joch ist sanft und meine Last ist leicht“. (H. J. Iwand, „Nachgelassene Werke“ 4, S. 28) Wenn das klar und deutlich hervortritt, daß Jesus auch über meine Schuld und mein Versagen die Hand hält, wird jedes Vertuschen und Mäuscheln überflüssig. Wer von den Beteiligten auf beiden Seiten hätte dies je verlauten lassen? Mit Nachdruck sei Iwands Warnung wiederholt: „Niemals darf es so sein, daß ich jemanden am Halse zum Sündenbekenntnis dränge und dringe. Jesus weiß genau: Das hat Gott in der Hand. Zeit und Stunde, da dir in deinem Leben aufgeht, daß Gott in deinem Leben recht hat, stehen bei Gott.“ (ebd S. 28)

Wenn es also wirklich um die Bewältigung der Vergangenheit und die Frage nach der Schuld geht, sollte man sich hüben und drüben der Vorwürfe enthalten, die den anderen der Selbstgerechtigkeit zeihen. Gegenwärtig bleibt der fade Geschmack zurück, daß sich alle Beteiligten moralisch einen Vorsprung erstreiten wollten, statt ein Problem zu bewältigen, das uns alle angeht. Die Diskussion um Filbinger bestätigt damit, was C. F. von Weizsäcker beobachtet hat: „Der Appell an moralische Urteile gehört zu den immer unentbehrlichen Mitteln der Politik. Die in der Politik uralten Verhaltensweisen der Lüge und der Selbstbestätigung durch Selbstbetrug nehmen heute immer mehr die Gestalt der Ideologie, das heißt der Berufung auf allgemeingültige moralische Prinzipien an. Die Moralisierung der Politik ist ein Beispiel für die Ambivalenz des Fortschritts.“ („Der Garten des Menschlichen“ München – Wien 1977 S. 116). Er schließt wenig später: „... letzter Grund der Möglichkeit menschlichen Zusammenlebens ist die Liebe und nicht die Moral. Die Moral ist ein vorletzter Grund.“ (S. 121) Damit wäre diese ganze Diskussion gar nicht mehr allein in das Thema Vergangenheitsbewältigung, sondern ebenso in das Thema Bewältigung des Fortschritts einzuordnen, was selbstverständlich nicht bedeuten darf, den Einzelnen aus seiner persönlichen Verantwortung entlassen zu dürfen, um ihn nun wieder durch ein „höheres Geschick“ zu entlasten.

Im Gegenteil, es gehört gerade zu den wichtigsten Aufgaben unserer Jahre, unter dem Druck des Fortschritts wieder ein ausgewogenes Verhältnis zur

Pfarrer Dr. Klaus Jürgen Laube ist seit vielen Jahren aktiv im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU tätig und gehört der Studiengruppe des EAK an. Seine Anschrift: Münsterkirchplatz 3, 4900 Herford.

Schuld des Einzelnen zu finden. Dazu hätten Filbinger und seine Kritiker einen wichtigen Beitrag leisten können, aber wie es scheint, ist diese Chance verfallen. Die Kritiker, indem sie der Tendenz entgegenwirken, die C. F. von Weizsäcker so beschreibt: „Erkenne ich einen Fehler, in dem ich befangen war, so gibt es keine Heilung, kein Freiwerden von den Gründen dieses Fehlers, solange ich diese Gründe außer mir suche, also in dem, was man mir angetan hat, in den Eltern, in der Gesellschaft oder in einem seelischen Zwang, unter dem ich gestanden habe, in meinem Unbewußten, meiner Triebstruktur. Alle diese Beobachtungen mögen richtig sein. Aber das Vermögen, meinen Fehler zu überwinden und nicht mutatis mutandis alsbald in dieselben Abhängigkeiten von neuem zu verfallen, ist, daß ich ihn als meinen eigenen Fehler erkenne. Mea culpa, mea maxima culpa, ist nicht eine Formel falscher Zerknirschung, sondern eine Erkenntnis, die sich genau dort meldet, wo ich mündig, wo ich zur Selbstverantwortung fähig werde.“ (ebd S. 247)

Eppler und seine Freunde wären also schon auf dem richtigen Wege, wenn sie einem Menschen durch Schuldkenntnis zur Selbstverantwortung und damit zur Wiedergewinnung des Subjektseins verhelfen würden; denn Schuldverdrängung wird von denen gewollt, die die Zerstörung unserer Gesellschaftsordnung im Programm haben. Philosophisch heißt dies in der Fortschrittstheorie der „negativen Dialektik“ der Frankfurter Schule, daß Glück nur dort ist, wo das Selbst aufhört, es selbst zu sein, wo es sein Selbstsein preisgibt und verliert. (Adorno) Die Preisgabe menschlicher Subjektivität, die Zerstörung des Subjekts läßt allein den Durchbruch zu einem neuen Subjekt, einem neuen Menschen erwarten, der zum Subjekt der Revolution werden kann. „Nichts aber ist geistig länger relevant, was nicht in die Zone der Depersonalisierung und ihrer Dialektik eindringt; Schizophrenie die geschichtsphilosophische Wahrheit übers Subjekt.“ (Adorno, „Negative Dialektik“ S. 277) Rohrmoser hat recht, wenn er schreibt, daß die Theorie der negativen Dialektik zu einem konstituierenden Element und Prinzip dessen geworden ist, was man früher den objektiven Geist einer Zeit genannt hat. Sie ist theoretischer Ausdruck und geistige Repräsentation einer Bewegung des Geistes von vermutlich epochaler Struktur. „Sie ist Gestalt und Anstoß einer Formation des Bewußtseins, an welcher nicht nur die Zukunft der Demokratie, sondern die Zukunft von Humanität überhaupt in unserer Welt abgelesen werden kann.“ („Das Elend der kritischen Theorie“, S. 9)

Sollten die Kritiker Filbingers ernsthaft darum bemüht sein, einem Menschen zu helfen, Schuld persönlich anzunehmen, sein Menschsein wiederzugewinnen, dann sollten sie mit Filbinger darin einverstanden werden, aus zwei Gründen gescheitert zu sein. Zuerst, daß uns heute – wie am Anfang angedeutet – die geistige Kraft der Unterscheidung fehlt; denn in der hinter uns liegenden Diskussion wurden Theologie und politische Moral in unzulässiger Weise vermengt. Diese Vermengung zeigt sich in dem Verlangen nach einem Schuldbekenntnis einerseits und dem Vorwurf der Selbstgerechtigkeit mit dem Ziel der Schwächung oder gar Diskriminierung des politischen Gegners andererseits.

Fast noch schwerer wiegt die Frage, was die Kritiker für den Fall zu sagen gehabt hätten, wenn Filbinger öffentlich seine Schuld bekannt hätte. Mit C. F. von Weizsäcker: „Aber wenn ich sie auf mich nehme, muß ich dann nicht verzweifeln?“ (ebd S. 452) Die erste Antwort auf diese Frage lautet: „Ein Mensch, ganz einfach gesagt, der an sich selbst verzweifelt ist, kann seinem Nächsten nicht dienen.“ (Iwand, ebd S. 213) Wird die zutiefst sensible Frage nach persönlicher Schuld diskutiert, kann und darf um des Zusammenlebens in einer menschlichen Gesellschaft diese Absicht nicht im Hintergrund stehen, wenn wir nicht vollends in die Barbarei versinken wollen. Was aber dann?

Dann aber zeigt sich, daß ein Schuldbekenntnis nicht ohne den Hinweis auf die Möglichkeit der Vergebung abgerufen werden kann. Weder die Forderung nach einem solchen Bekenntnis (Eppler) noch die Berufung auf das eigene Gewissen, (Filbinger: Ich muß es selber tragen) haben den unlöslichen Zusammenhang von Schuld und Vergebung erkennen lassen und daher das Abgleiten der Diskussion in die unfruchtbaren Tiefen der Moral zu verantworten, die in Rechthaberei endet. Eppler kann nicht vergeben und Filbinger kann sich nicht selbst vergeben. Die Vergebung geht als Ereignis dem Schuldbekenntnis voraus und nicht umgekehrt, so daß, wer Vergebung empfangen hat, auch Schuld bekennen kann: „Mir ist Erbarmung widerfahren, Erbarmung, deren ich nicht wert ...“.

Damit sind wir an der Stelle, wo der Evangelische Arbeitskreis seinen Beitrag für die gegenwärtige Diskussion leisten muß; denn wir sind jetzt im Zentrum der lutherischen Rechtfertigungslehre. Mit ihrem Thema Sünde und Glaube zeigt sie uns: „Luthers Lehren über ‚Sünde‘ und ‚Glaube‘ sind von besonderer Bedeutung, da sich in ihnen die Reformation allem überlegen zeigt, was uns heute das gewöhnliche Christentum zu geben hat.“ (P. Tillich, Werke, Ergz. Bd. I S. 257) Geht es um Schuld, so geht es hier nie, wie die Diskussion bisher geführt wurde, um Schuld allein, sondern um Schuld und Vergebung, im Sinne Luthers genauer um den einen Vorgang von Vergebung und Schuld. Hier kann nichts aufgezwungen werden, sondern zustimmen wird, wer Vergebung erfahren hat, ein Ereignis, das göttlichem Handeln vorbehalten ist. Der Ort dieses Geschehens ist nicht das Innenleben des Menschen, sondern der Gottesdienst, wo das göttliche Handeln am Menschen verkündigt wird und den ganzen Menschen erreichen will. Luther hat dies programmatisch für den Protestantismus in seinen Predigten zum Ausdruck gebracht, wenn es heißt: „Hör her, du ungläubiges Herz, ich will dir eine gute Kunde sagen: „Siehe, da ist Christus, der für dich geboren und gestorben ist“. (Predigten, Calwer Luther Ausgabe 5 S. 60) „Für wen ist er empfangen und geboren, für wen hat er gelitten und den Tod auf sich genommen? Für uns, uns, uns! Uns ist immer hinzuzusetzen!“ (ebd S. 63) Aus diesem Kommen Jesu Christi in die Welt leitet Luther die Möglichkeit ab, Schuld und Sünde, auch ein belastetes Gewissen bedingungslos – und dies ist das Zentrum reformatorischer Theologie – vergeben zu bekommen. „Die Vergebung der Sünden wird uns aber in Wahrheit umsonst geschenkt um Christi willen, und nur in seinem Namen werden uns die

Sünden erlassen. Dann gilt: „Wer mir im Namen Christi die Sünden erläßt, erläßt sie mir wirklich“. (Luther, ebd S. 81)

Die Konsequenz dieser Aussage muß nun wirklich für alle, die sich an der Diskussion beteiligt haben, zu Ende gedacht werden, bedeutet sie doch nicht nur, daß Sünden- und Schuldkenntnis von Menschen nicht erzwungen werden können, sondern daß sie der Vergebung zeitlich nicht vorausgeht, ja, nicht einmal der Glaube ist Bedingung für das Geschenk der Gnade und Vergebung. Diese setzen Glauben und Schuldkenntnis ihrerseits frei, so daß jede menschliche Eigenleistung, damit aber auch jede Selbstgerechtigkeit, ausgeschlossen wird. Wenn schon, dann nennt Luther eine ganz andere Bedingung für die Vergebung: „Christi Fürbitte muß vorausgehen, und dann mußt du dich als Sünder erkennen“. (ebd S. 140 f.) Und um diesen Vorgang mit einem Satz Luthers abzuschließen: „... daß er nämlich unsere Sünden wegnimmt und uns mit seiner eigenen Gerechtigkeit schmückt. Er kommt nicht, um dich zu verdammen, und in der Absicht, im Gericht mir dir zu rechten. Vielmehr heißt er der Gerechte, weil er dich gerechtmacht, der du ungerecht bist und von der Sünde nicht loskommen kannst. Das ist wahr.“ (ebd S. 52)

Nach diesen Sätzen sieht es so aus, als ob wir heute, anders als Luther, auch in Theologie und Kirche, nicht auf Christus schauen und was uns von ihm als Hilfe angeboten wird, sondern wir sind auf den Menschen fixiert, wieder einmal auf seine Leistung. Auch in der Problematik mit Schuld umzugehen, sei es die Schuld unserer Vergangenheit, sei es die Schuld im persönlichen Leben des Einzelnen, immer erweisen wir uns als Leistungsgesellschaft. Die abgegriffene Vokabel von der „Unfähigkeit zu trauern“ ist dafür ein anschaulicher Beleg; denn auch diese will uns ja schon wieder zu einer Leistung an-

halten, obwohl weder Schuldkenntnis noch Trauer mit erhobenem Zeigefinger erzwungen werden können. Auch die Begrenzung auf psychoanalytische Analysen führt nicht weiter, wie sich außerdem noch zeigt, daß wir im öffentlichen Leben, Denken und Handeln vom Bazillus der neomarxistischen, atheistischen Theorie der negativen Dialektik befallen sind. (Rohrmoser) Trotz unserer Vergangenheit, und dieser Satz ist freilich ein Wagnis, ist Trauer allein gewiß nicht unsere Aufgabe, um jenes Schlagwort endlich einmal an seinen Platz zu verweisen, denn im Strom von Krokodilstränen würden unsere Gewässer zusätzlich verschmutzen.

Was im wahrsten Sinne des Wortes heilen könnte, auch im Blick auf die Ausführungen Bonhoeffers über die Bewältigung der Schuld eines ganzen Volkes, also unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft heilen, das ist nicht, die Unfähigkeit zu trauern, pathetisch zu beklagen, um sich dabei selbst auch noch ganz groß vorzukommen, sondern:

„Hier hört ihr, daß Christus nicht Schrecken, sondern Freude ist: daß er das ist, was ein Christ wünscht und worüber er sich freut. Die Welt freut sich über 100 000 Gulden und große Schätze, das erschrockene Gewissen dagegen sucht einen versöhnten Gott und Frieden und Trost. Das ist eine Freude über alle Freuden. Im Vergleich mit ihr ist die weltliche Freude etwas Stinkendes. Hier dagegen ist die Freude für das Gewissen.“ (Luther, ebd S. 60)

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Klaus Jürgen Leube

Evangelische Eltern- und Lehrerinitiative NRW verabschiedet Stellungnahme zum Lehrerausbildungsgesetz

Die **Evangelische Eltern- und Lehrerinitiative Nordrhein-Westfalen** hat am Sonnabend, 26. August 1978, in Düsseldorf sich eingehend mit dem Lehrerausbildungsgesetz und seinen sichtbar gewordenen Konsequenzen befaßt.

Die **Evangelische Eltern- und Lehrerinitiative Nordrhein-Westfalen** kam dabei einstimmig zu folgenden Ergebnissen:

1. Das Lehrerausbildungsgesetz bildet Lehrer für eine Schule aus, die es in Nordrhein-Westfalen weitgehend nicht gibt und nach dem Ausgang des Volksbegehrens in Zukunft auch nicht geben wird.
2. Das Lehrerausbildungsgesetz entspricht nicht dem Auftrag der Landesverfassung Art. 15, Lehrer für die bestehenden Schulformen auszubilden.
3. Der neue Stufenlehrer nordrhein-westfälischer Prägung, der weder in der 1. noch in der 2. Phase

seiner Ausbildung auf die fachwissenschaftlichen, didaktischen und methodischen Anforderungen der je verschiedenen Schulformen mit ihren spezifischen Aufgaben vorbereitet wird, kann die Forderung der Gesellschaft an den Staat, durch qualifiziert ausgebildete Lehrer den Unterricht in der Schulform, die die Eltern für ihre Kinder wählen, sicher zu stellen, nicht erfüllen.

4. Deshalb fordern wir:
eine Novellierung des Lehrerausbildungsgesetzes, die so konzipiert sein muß, daß sie konkret Bezug nimmt auf das bestehende gegliederte Schulwesen nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in den anderen Bundesländern.

Wer in dieser Initiative mitarbeiten möchte, schreibt an die Evangelische Eltern- und Lehrerinitiative, 5300 Bonn, Postfach 15 21.

Die politische Verantwortung des evangelischen Christen

Simon Nüssel

In dem folgenden Artikel geht Simon Nüssel, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und führend im Evangelischen Arbeitskreis der CSU tätig, der Frage nach, warum in den letzten Jahren bei Politikern und führenden Männern der Kirche zunehmend Fragen grundsätzlicher Art in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen gestellt werden – insbesondere Fragen nach den unvergänglichen Werten für den Einzelnen und für die Gemeinschaft und nach der Sinnerfüllung des menschlichen Lebens.

Simon Nüssel erklärte der Evangelischen Verantwortung gegenüber in einem Gespräch, daß in den vielfach ineinander verwobenen Themenbereichen wie „Recht und Ethik“, „Staat und Kirche“, „Politik und Glaube“ er viele wichtige Aspekte entdeckt habe, die ihn dazu veranlaßten, sich einmal ausführlich mit der politischen Verantwortung des evangelischen Christen auseinanderzusetzen.

Ich will zum einen an die 22. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU im April dieses Jahres in Kassel, zum anderen aber auch an die letzte Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in Würzburg anknüpfen. Die Tagungen, von denen die eine unter dem Thema: „Wir Protestanten – Positionen heute“, die andere unter dem Thema „Mut zur Verantwortung“ stand, sollten den Dialog zwischen Protestanten und Politikern pflegen, Impulse aus Kirche und Theologie in die Union hineintragen und so – aus der Sicht des evangelischen Christen – das geistige Profil der Union mitprägen.

Auf diesen Tagungen wurde klar, daß die seit einiger Zeit neu aufgebrochene Frage nach den Grundwerten in dieser Form nicht aus der Theologie stammt. Auch die Frage selbst ist nicht neu. Diese Frage wurde vielmehr immer wieder in der Geschichte dann neu aufgebrochen, wenn die Übereinstimmung darüber, wie die Menschen miteinander leben sollen, nicht

Anschrift:

Simon Nüssel, MdL, Staatssekretär
Ludwigstraße 2, 8000 München 22

mehr selbstverständlich, sondern wenn Sitte und Recht in eine Krise geraten waren.

Zuletzt wurde die Frage nach den Normen menschlichen Zusammenlebens in unserem Vaterland durch die Erfahrung des totalen Unrechtsstaates der NS-Zeit aufgelöst. Aber schon zuvor wurde sie in anderer Weise gestellt: In der Zeit der Aufklärung, als die abendländische Gesellschaftstradition fragwürdig wurde, und abermals viel früher, als die politische Ordnung der Antike zusammenbrach.

Geschichtliche Krisen – Geschichtliche Wenden

Es ist daher dem spanischen Philosophen Ortega y Gasset zuzustimmen, für den geschichtliche Krisen immer auch Zeiten geschichtlicher Wenden waren. Karl Barth hat dies bereits 1925 formuliert: „Zwischen den Zeiten weiß

Professor Dr. Roman Herzog spricht in Coburg

Auf einer öffentlichen Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU Oberfranken spricht der Bundesvorsitzende des Arbeitskreises, Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog, am Freitag, dem 15. September 1978, 20.00 Uhr im Kongreßhaus der Stadt Coburg, Berliner Platz 1 zum Thema „Politik aus christlicher Verantwortung“.

Die Leser der EV im Bereich Oberfranken sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

man, daß die Traditionen nicht mehr tragen und die Institutionen keine Sicherheit mehr geben. Man spürt die Krise des Bestehenden und fördert sie durch rückhaltlose Kritik. Zwischen den Zeiten weiß man aber nicht, was kommen wird.

Man weiß noch nicht einmal, was kommen soll. Darum ist man zwischen den Zeiten stark im Negativen und schwach im Positiven.“

Die zunehmende geistige Standortbestimmung in der heutigen Zeit weist darauf hin, daß wir auch heute wieder in einer stürmischen, unsicheren und problembeladenen Zeit leben, in einer Zeit, wo die überkommene Weltordnung brüchig geworden ist und die Orientierungslosigkeit zunimmt.

- Seit Jahren sind über eine Million Menschen ohne Arbeit – und noch immer ist eine Wende nicht in Sicht.
- Die junge Generation sieht ihre Zukunftschancen schwinden. Sie ist um die Hoffnungen betrogen, welche die Bundesregierung seit 1969 leichtfertig nährte.
- Innere Sicherheit und Terrorismus: Bisherige Terrorbilanz: 25 Tote allein in der Bundesrepublik, darunter 8 Polizei-, 4 Justizbeamte, zahlreiche Verletzte, Sprengstoffattentate, Geiselnahmen, Banküberfälle mit mindestens 5,3 Mio. DM Beute und andere schwere Verbrechen.
- Die europäische Einigung schließlich stagniert, zerrieben zwischen den inneren Problemen der Mitgliedsländer und neuem Nationalstaatsdenken.
- Friede und Freiheit sind nach wie vor bedroht: die militärische Aufrüstung der Sowjetunion und ihre expansive Politik – etwa in Afrika – erfordern unsere ganze Wachsamkeit und Entschlossenheit. Und doch haben wir immer wieder Anlaß zu fragen, ob der Westen bereit und fähig ist, diese Herausforderung auch anzunehmen – eine Sorge, die die Verfassung vieler Staaten und Völker ebenso betrifft wie ihre Führung.
- Die heutige Krise in der sittlichen Orientierung übertrifft alle früheren an Radikalität. Es gibt kaum noch eine Form menschlichen Zusammenlebens, deren überlieferte Form nicht radikal in Frage gestellt würde. Dies gilt für die gesamte Privatsphäre

ebenso wie für Wirtschaftsordnung und Eigentum, für Staat- und Rechtsordnung.

- Generationenkonflikt und Protestbewegung scheinen alle überlieferten Ordnungen infragezustellen. Sie drücken sich aus in einer neuen Philosophie, als deren Vertreter ich vor allem Habermas, Adorno, Marcuse und Sartre bezeichnen möchte. Sie drücken sich aber auch aus im Entstehen neuer Subkulturen, von denen die einen in totale Leistungsverweigerung, andere in Drogenkonsum, wieder andere in ostasiatische Meditationspraktiken und leider welche auch in Gewalt und Terror ableiten.

Aufruf zur Mitarbeit

Bei der Lösung dieser existenziellen Probleme müssen wir Christen verantwortlich mitarbeiten.

Der Glaube verpflichtet uns Christen umfassend, unter Einschluß unserer politischen Existenz. Der Glaube entsteht – so der Tübinger Theologe bei der EAK-Bundestagung in Kassel Professor Dr. Rössler – aus der Begegnung mit Gott und in der Begegnung mit dem Menschen. Gottesliebe und Nächstenliebe sind deshalb für uns oberstes Gebot und Ausdruck unseres Glaubens.

Daher muß der Christ auch in der Politik das Wohl seines Nächsten, insbesondere der ihm anvertrauten Mitbürger im Auge haben. Für ihn muß Politik dem Menschen dienen, wie er konkret in seiner jeweiligen Einmaligkeit neben ihm lebt. Es geht dem Christen nicht darum, ein wie immer geartetes Idealbild des Menschen zu verwirklichen, es geht ihm nicht um einen spekulativ mit bestimmten Eigenschaften ausgestatteten Menschen einer fernen Zukunft, wie z. B. beim Kommunismus oder beim Faschismus. Die politischen Bemühungen des Christen zielen vielmehr auf den konkreten Nächsten ab.

Für eine „verantwortliche Gesellschaft“

Neben dem Gebot der Nächstenliebe ist Leitbild christlicher Sozialethik die „verantwortliche Gesell-

schaft“. Dieses Leitbild geht davon aus, daß der einzelne nicht isoliert lebt, sondern an den Mitmenschen gebunden ist.

- Hieraus folgt für den einzelnen, daß es für ihn keine maßlose Freiheit geben kann, sondern nur eine Freiheit in der Verantwortung, also eine gebundene Freiheit.
- Für die Gesellschaft folgt daraus, daß ihre Institutionen eine soziale Ordnung der Freiheit und der Gerechtigkeit im Dienste der Menschen gewährleisten sollen.
- Für eine christliche Partei und deren Politiker folgt daraus, daß sie ihre Politik darauf ausrichten müssen, zu bewahren und trotzdem offenzubleiben für Veränderungen. Dagegen wurde in den letzten Jahren häufig verstoßen. Um utopischer Ziele willen wurde das Bestehende als schlecht und unbedingt verbesserungsbedürftig hingestellt. Die Ehrfurcht vor dem geschichtlich Gewachsenen, die ja keineswegs unkritische Anpassung ist, fehlte weitgehend. Die Erfahrung der Geschichte lehrt uns jedoch, daß jede Absolutsetzung des Alten wie des Neuen von Übel ist. Sowohl das simple Beharren oder gar das reaktionäre Anstreben des geschichtlich Erledigten wie auch eine einseitig progressistische oder gar utopistische Betrachtungsweise haben bisher immer zu Katastrophen geführt.

Blick In die Zukunft

Welche Konsequenzen ergeben sich nun aus den bisherigen Überlegungen?

- Der Glaube kann für das politische Tagesgeschehen keine feststehenden Programme liefern, die wie aus Schubladen oder einem Computer einfach abzurufen wären. Das Evangelium ist kein politisches, schon gar nicht ein parteipolitisches Programm, sondern es wird von der Kirche verkündet.
- Wir Christen sind jedoch aufgerufen, bei der Suche nach dem richtigen Weg mitzuwirken, und zwar auch und gerade im politischen Bereich.
- Wir dürfen uns dabei nicht auf den privaten Bereich einer frommen Innerlichkeit zurückziehen.

Wir müssen vielmehr auch nach außen offen bleiben, dem Mitmenschen zugewandt.

- Wir müssen durch unser Vorbild überzeugen und dürfen dabei nicht in fragwürdigen und blindwütigen Aktionismus verfallen.
- Wir müssen uns ständig für die von uns als gerecht und richtig erkannte Sache engagieren. Ein gewisses „strategisches“ Denken, das heißt über längere Zeiträume hinweg, würde dabei sicherlich nicht schaden, sondern würde ein notwendiges Gegengewicht zu der strategischen Konzeption des Sozialismus und des Kommunismus schaffen.
- Unsere evangelische Individual- und Sozialethik fordert jeden von uns auf, nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten mitzuhelfen, daß in unserer Gesellschaft die Freiheit und Gerechtigkeit noch stärker verwirklicht werden als bisher. Hierfür ist notwendig, daß wir zur aktiven Mitarbeit bereit sind. Gleichgültig, ob Politik als Kunst des Möglichen oder als Kunst des Möglichmachens verstanden wird, immer und überall ist Politik Dienst für und am Mitmenschen. Deshalb sollten mehr evangelische Christen politisch aktiv werden. Dadurch hätten wir evangelische Christen auch eine hervorragende Möglichkeit, unsere Erkenntnis von den Grundwerten und damit unsere ethischen Überzeugungen mit in den politischen Entscheidungsprozeß einfließen zu lassen.

Dies ist gerade in unserer Zeit besonders wichtig, in der die Suche nach verlorenen oder verschütteten gemeinsamen Grundwerten fast zu einer Existenzfrage unserer Gesellschaft geworden ist, wie eingangs schon festgestellt wurde. Denn nur dann, wenn wir uns auf die gemeinsamen Grundwerte besinnen, können wir die rat- und rastlose Orientierungsmöglichkeit, die die Ursache der mit Recht vielbeklagten Verunsicherung in der Bevölkerung ist, auf Dauer beseitigen.

Es geht – um eine gemeinsame Schrift der Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirchen in Deutschland, des ehemaligen Landesbischofs Dietzfelbinger, und des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, des leider viel zu früh verstorbenen Kardinals Döpfner, vom 10. Dezember 1970

zu zitieren – uns Christen nicht darum, „in der staatlichen Gesetzgebung spezifische Moralvorstellungen von Religionen oder Weltanschauungen rechtlich zu fixieren“.

Es ist vielmehr unsere Aufgabe als Christen, durch ein geordnetes religiöses Leben Vorbild zu sein und auf diese Weise sowie durch unsere aktive Mitwirkung in den verschiedenen politisch relevanten Gruppen unseren evangelischen Wertvorstellungen Gehör zu verschaffen. Das Gebot der Nächstenliebe stellt uns stets erneut die Aufgabe, die Grundwerte unseres freiheitlich demokratischen Rechtsstaates zu erkennen und zu verwirklichen. Diese Aufgabe ist eine Aufgabe von uns allen. Jeder von uns ist aufgerufen, hierbei mitzuwirken. Grundwerte müssen lebendig sein, müssen vorgelebt werden.

Praktische Beispiele

Lassen Sie mich nunmehr meine bisherigen grundsätzlichen und allgemein gehaltenen Ausführungen an Hand von Beispielen aus dem politischen Bereich erörtern.

Die Menschen in Westeuropa und insbesondere in der Bundesrepublik spüren heute, daß eine neue Phase anbricht, die von uns allen ein Umdenken erfordert. Sie erwarten von den Politikern und von den Parteien den Mut, dies auszusprechen und danach zu handeln; sie erwarten vor allem politische und geistige Führung. Wir sollten uns darüber im klaren sein: Ob wir in dieser grundsätzlichen Frage die Kraft zu einer Alternative aufbringen, entscheidet über unseren politisch-moralischen Anspruch, aber auch über unseren Erfolg!

Es wird nicht mehr möglich sein, von einer im jetzigen Maßstab wachsenden Wirtschaft immer mehr Leistungen zu finanzieren. Die Grenzen sind enger gezogen. Das Wirtschaftswachstum in den 50er und 60er Jahren machte ja beinahe alles – oder doch vieles – zugleich möglich. Das hat sich grundlegend geändert. Die politische Aufgabe, Prioritäten zu setzen, wird schmerzlicher. In vielen Fällen müssen wir jetzt erst die Nagelprobe auf den moralischen Anspruch unserer Politik ablegen.

Um nur ein Beispiel hierfür anzuführen: Soziale Gerechtigkeit bei

uns, aber auch weltweit, erfordert im Zeichen knapper Kassen Opfer – und den Mut, auch Besitzstände anzugreifen. Wir sind am Ende einer rein quantitativen Sozialpolitik, die „Geld ausgeben“ und „Gruppenansprüche befriedigen“ bereits als eine soziale Leistung feiert.

In der hundertjährigen Geschichte deutscher Sozialpolitik ist Großes geleistet worden, aber auch viel Wildwuchs entstanden. Heute fließen soziale Leistungen oft auch an jene, die ihrer gar nicht bedürfen, während die wirklich Bedürftigen sich häufig im Labyrinth des Sozialstaates nicht mehr auskennen und ohne Hilfe bleiben. Ich meine: Unser christliches Verständnis von Solidarität und Gerechtigkeit erfordert es, hier Abhilfe zu schaffen.

Mit dem Wandel der Gesellschaft hat sich auch die Soziale Frage gewandelt. Am Ausgang des 20. Jahrhunderts im Übergang von der industriellen zur nachindustriellen Gesellschaft brauchen wir eine neue Konzeption der Sozialpolitik. Bei dieser wichtigen Aufgabe werden wir uns auch nicht irre machen lassen von jenen, die laut von „sozialer Demontage“ schreien, nur um ihre eigene Gedankenlosigkeit zu kaschieren!

Gegen die Allmacht des Staates

Wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten daran gewöhnt, daß mit dem wirtschaftlichen Wachstum auch die Leistungen des Staates wachsen. Unser Staatsverständnis war geprägt durch eine Erwartungshaltung an den Staat. Das gilt für Bürger und Politiker gleichermaßen. Die einen waren die Gebenden, die anderen die Nehmenden. Im Vordergrund stand der Staat, der gibt und umverteilt, nicht der Staat, der Sicherheit und Ordnung stiftet, dem Bürger Freiheit ermöglicht und Selbstverantwortung zumutet.

Zugrunde lag der Glaube, daß auf diese Weise das Glück und die Zufriedenheit der Menschen gefördert werden, daß die Bürger einem spendenden Staat positiv gesonnen sind. Diese politische Philosophie atmet nicht den Geist der Freiheit. Sie stößt jetzt sichtbar an ökonomische Grenzen.

Außerdem entspricht den wachsenden staatlichen Leistungen keine wachsende Zufriedenheit der Menschen mit dem Staate und mit der Politik. Dies ist die scheinbar paradoxe Folge gutgemeinter staatlicher Politik, auf die ich hinweisen möchte: Den Menschen geht es materiell immer besser; ihr Einkommen stieg an; sie sind gegen die Risiken des Lebens besser abgesichert als je zuvor und auch besser als in den meisten anderen Ländern – trotzdem scheinen sie nicht glücklicher, nicht zufriedener geworden zu sein. Trotz steigenden Lebensstandards nimmt das Glücksbefinden in der Bevölkerung nicht zu. Das Niveau des Wohlfahrtsstaates, das wir erreicht haben, hat uns und andere beeindruckt.

Jetzt entdecken wir plötzlich, daß wir uns von seiner Oberfläche haben täuschen lassen, daß darunter Unsicherheit, Angst und das Gefühl der Sinnlosigkeit angewachsen sind. Die Hoffnung der Neuzeit, daß technischer Fortschritt, politische Demokratie und soziale Sicherheit die politische Stabilität, den sozialen Frieden und das Glück der Menschen verbürgen können, findet in der Wirklichkeit keine Bestätigung.

Ich meine: Es ist an der Zeit, kritisch und selbstkritisch zu prüfen, welche Wirkungen eine Politik im Zeichen des Wohlfahrtsstaates für die Menschen hatte und hat. Es ist an der Zeit, ebenso nüchtern wie radikal zu fragen, ob nicht der Wohlfahrtsstaat den Menschen zwar vieles gegeben, ihnen aber für ihr Glück Wesentliches genommen – oder beeinträchtigt hat.

Wie erklärt sich der Widerspruch zwischen wachsendem Wohlstand und sinkender Wohlfahrt der Menschen?

In den westlichen Demokratien verfolgen Regierungen, ungeachtet ihres ideologischen Hintergrundes das Ziel, die Wohlfahrt der Bürger zu steigern. Dies hatte und hat zur Folge, daß sich die Funktionen des Staates entscheidend verändert haben.

Der Staat wird immer mehr zum Verteiler sozialer Leistungen, zum Unternehmer, zum „Planer“ der gesellschaftlichen Entwicklung; dies alles in dem Glauben, man müsse den gesellschaftlichen Prozeß nur richtig steuern, um das größte Glück der größten Zahl zu verwirklichen. Damit einher ging eine stän-

dige Ausweitung der Staatsaufgaben und eine vermehrte Bürokratisierung. Der Staat fühlt sich für immer mehr zuständig. Er tut immer mehr – und er muß seine wachsenden Aktivitäten natürlich finanzieren durch Steuern, Beiträge und Abgaben. Der Bürger entdeckt jetzt, daß seine Belastung per saldo größer ist als sein Nutzen. Er spürt, daß er abhängig ist vom Staat, empfindet seine Machtlosigkeit und fühlt sich subjektiv benachteiligt.

So kommt es, daß ein Staat, der immer mehr leistet, der die Systeme der sozialen Sicherheit immer weiter ausbaut, trotzdem bei immer mehr Menschen das Gefühl verbreitet, ungerecht behandelt zu werden.

Die Bürger warten auf den Staat, ohne sich mit ihm zu identifizieren. Sie werden immer hilfloser und unsicherer, was sie vernünftigerweise noch vom Staat erwarten können und eigentlich von sich selbst erwarten müßten. So geraten sie unbemerkt in eine passive Haltung und warten nur noch auf die Angebote der Politik. Daß dies weder der Freiheit des Einzelnen noch der Lebendigkeit einer Gesellschaft bekommt, dürfte sich von selbst verstehen.

Die Menschen sind heute in Bezug auf die Gesamtentwicklung unzufriedener, sie stehen der Politik kritischer, ja ablehnender gegenüber. Es wächst ihre Verweigerung gegenüber dem Gemeinwesen: die Wehrdienstverweigerung ist nur ein äußeres, aber alarmierendes Zeichen dafür, daß der Verpflichtungscharakter des Gemeinwesens abnimmt. Aus regelmäßigen Untersuchungen wissen wir, daß zwar das Interesse an Politik stark anwächst, daß aber auch die Neigung zu grundsätzlicher Kritik und das Mißtrauen gegenüber Politikern und Institutionen sich stark nach oben entwickelt. Das Vertrauen der Bürger in den Staat sinkt, die Staatsverdrossenheit wächst.

Das Bild ist ziemlich eindeutig: die vorliegenden Daten zeigen, daß sich die Schere zwischen den objektiven Leistungen des Staates und dem subjektiven Befinden der Menschen geöffnet hat. Wissenschaftler sprechen vom „sozialpsychologischen Mißgeschick des Sozialstaates“, das heißt: die guten Absichten werden immer deutlicher von den Ergebnissen widerlegt: ein Staat, der immer mehr macht, erreicht immer weniger! Wir haben

die Wirkung staatlicher Leistungen und Programme überschätzt. Die Diskrepanz zwischen realer und propagierter Entfaltungsmöglichkeit führt zu Frustration, Enttäuschung und Verweigerung.

Konstruktive Vorschläge

Eine fertige Lösung dieses kulturellen, geistigen und moralischen Problems kann ich nicht anbieten. Aber ich bin sicher: Wir müssen uns auf klare und naturgegebene Strukturprinzipien zurückbesinnen. Personalität, Solidarität und Subsidiarität sind untrennbare und unverzichtbare Sozialprinzipien. Sie zielen auf die Ordnung des gesellschaftlichen Lebens und sind Bau- und Gliederungsprinzipien der Gesellschaft im staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Im einzelnen müssen wir die Lösung in mehreren Richtungen suchen:

1. Wir müssen den Menschen wieder mehr Freiheiten, mehr Chancen zur Selbständigkeit geben. Gegen alle totalitären Versuchungen setzen wir den Glauben an die Überlegenheit der Freiheit. Politik muß dem einzelnen wieder mehr zumuten. Politik darf dem Bürger nicht alles abnehmen, sonst zerstört sie die Atmosphäre, in der Glück und Zufriedenheit gedeihen. In diesem Zusammenhang sollten wir uns daran erinnern, daß vor 30 Jahren Ludwig Erhard in seiner richtungsweisenden Rede vor dem Wirtschaftsrat des vereinigten Besatzungsgebietes die Soziale Marktwirtschaft als das Ordnungsmodell der deutschen Wirtschaftspolitik eingeführt hat. In einer Zeit, in der Hunger und Verzweiflung den Alltag beherrschten, wies Ludwig Erhard den Weg aus der behördlichen Zwangswirtschaft über die Währungsreform in die Soziale Marktwirtschaft und für den wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland. Ludwig Erhard und mit ihm die Union vertrauten damals nicht Planung und Zwang, sondern dem Mut, der schöpferischen Kraft, der Risiko- und Leistungsbeurteilung unseres Volkes und jedes einzelnen Bürgers. Dieses Vertrauen ist mehr als gerechtfertigt worden.

Wir sollten uns heute wieder mehr auf diese Tugenden unserer Bürger besinnen und alles tun, um

diese Kräfte erneut zu ermutigen. Politik hat die Aufgabe, die Menschen unserer Zeit und insbesondere die Jugend wieder zukunftsbehaftet und zukunftsfreudiger zu machen. Eine Gesellschaft ist nur dann lebendig und lebensfähig, wenn aus ihr heraus Initiativen, Engagement und Verantwortung kommen. Dazu muß die Politik Raum lassen, muß aber auch dazu motivieren.

2. Freiheit und Gleichheit sind zwei widerstrebende Prinzipien und nicht gleichermaßen zu verwirklichen, sofern man unter „Gleichheit“ nicht die „Gleichheit vor dem Gesetz“ also die Gleichberechtigung versteht. Freiheit erhebt jedenfalls Anspruch auf Verschiedenheit. Der kollektivistische Freiheitsbegriff, z. B. des Marxismus-Leninismus ist daher nicht identisch mit unserem Freiheitsbegriff.

3. Ohne Ordnung herrscht keine Freiheit, sondern Chaos, Zufall und Leere. Die Freiheit – in Staat und Gesellschaft – muß sich in den konkreten Freiheiten für den einzelnen bewähren; aber sie geht auf Dauer zugrunde, wenn sie nicht durch freiwillige Bindungen der Bürger ermöglicht und begrenzt wird. In einer freien Gesellschaft ist eben nur solange alles möglich – solange nicht alles möglich ist. Die Idee einer ungehemmten Selbstverwirklichung des Menschen wird zu Unrecht als Emanzipation des Menschen gefeiert. Sie widerspricht in eklatanter Weise dem Wesen des Menschen und der Humanität.

Die freiheitliche Demokratie, die freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung lebten lange Zeit vom Erbe des Christentums. Je mehr ethische Normen das Verhalten bestimmen und die Gesellschaft stabilisieren, desto weniger bedarf es äußerer Sanktionen. Wenn ich die Notwendigkeit politischer Tugenden betone, dann deshalb, weil ich mir Sorgen mache über die politische Kultur und das politische Ethos, in dem allein die Freiheit überleben wird.

Aus der Perspektive des Alltags der Menschen stellt sich der Widerspruch zwischen Freiheit und Ordnung nicht. Die Menschen erfahren täglich, daß Freiheit nur in geordneten Verhältnissen möglich ist. Sie spüren auch, daß der sinnvolle Gebrauch von Freiheiten abhängt von verlässlichen Sicherheiten.

So läuft die Freiheit für Forschung und Lehre ins Leere, wenn

in den Universitäten nicht ein Minimum an Ordnung herrscht. Die Freiheit eines Studiums nach eigener Wahl bleibt ein zweifelhaftes Vergnügen, wenn die Wahrscheinlichkeit einer angemessenen Tätigkeit gering ist.

Die Freiheit des Unternehmers bleibt totes Kapital, wenn er sich nicht auf die Rahmenbedingungen verlassen kann. Das Recht auf Arbeit ist das Papier nicht wert, wenn die staatliche Politik das Gegenteil bewirkt.

4. Wir müssen einen vernünftigen Ausgleich der Interessen finden. Was die Zukunftsperspektiven anlangt, müssen wir, wenn wir nicht scheitern wollen, versuchen, die Problematik des nicht aufzuhaltenden technologischen Fortschritts in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen mit der Bewahrung überkommener Werte.

Zu glauben aber, man könne Einzelprobleme verabsolutieren, würde uns in die Katastrophe führen. Derjenige, der glaubt, unsere Zukunftsprobleme ausschließlich unter Umweltschutzgesichtspunkten isoliert lösen zu können, versündigt sich nicht zuletzt an einer ganzen Generation junger Menschen, deren Arbeitsplatz von einem vernünftigen technologischen Fortschritt gerade in der Bundesrepublik als einem exportorientierten Land abhängig ist. In diesen, für viele Menschen entscheidenden Problemen der Zukunftsperspektive, geht es darum, daß wir nicht verabsolutieren, daß wir uns nicht ideologisch einengen, sondern daß wir die verschiedenen Probleme, die wir im Zusammenhang lösen müssen, auch in einen vernünftigen Zusammenhang bringen.

Das Problem der Regierbarkeit stellt sich bei näherem Hinsehen als die Frage nach der Führungskraft der Parteien. Ihre Funktions-

fähigkeit hängt davon ab, ob sie die Vielfalt der vorhandenen Interessen aufnehmen, bewerten und ausgleichen können. Parteien mit ideologischer Blickverengung nehmen die tatsächlichen Entwicklungstendenzen der Gesellschaft nicht zur Kenntnis. Eine pluralistische Gesellschaft braucht echte Volksparteien, weil sie verschiedene Interessen integrieren und am Gemeinwohl orientierte Ziele formulieren und durchsetzen können.

Volksparteien müssen allen Bürgern und allen Schichten verbunden sein. Traditionelle Weltanschauungsparteien oder Interessengruppierungen in der Politik würden den notwendigen politischen Konsens erschweren.

5. Meines Erachtens ist es nicht mit dem christlichen Glauben vereinbar, sich für eine politische Richtung einzusetzen, die auf dem Atheismus beruht. Der Christ muß sich allen totalen und totalitären Staatsauffassungen widersetzen. Er muß sorgfältig auf Töne der Unduldsamkeit und des Fanatismus in der politischen Diskussion achten, weil diese oft Anzeichen eines Absolutheitsanspruches in der Politik sind, den er nicht kennt und dem er entgegentritt.

Praktisch gesprochen heißt das: Von den heute bei uns vertretenen politischen Richtungen ist die des dogmatischen Marxismus mit dem personalen Menschenbild des Christen nicht vereinbar. Im marxistischen Klassenbegriff ist der unausweichliche Klassenkampf als konstitutives Element eingebaut. Dies aber bedeutet für den Christen die Negation von Kräften im Menschen, die wir theologisch und philosophisch mit Begriffen bezeichnen wie Gnade, Nächstenliebe, Verzeihung, Vernunft. Deshalb ist der Marxismus – egal in welchen Erscheinungsformen er auftritt – mit dem

christlichen Glauben absolut unvereinbar.

Golo Mann hat vor kurzem einmal gesagt:

„Es gibt keine Freiheit im Maßlosen; und darum gibt es keine Freiheit im Anarchismus oder keine Freiheit im Imperialismus. Und es gibt auch keine Freiheit in der Einsamkeit oder in der Brutalität gegenüber anderen“.

Ich kann diese Worte als Politiker, Bürger und als Christ nur unterstreichen.

Für ökumenischen Zusammenhalt

Wir alle sind herausgefordert durch den Ansturm widerchristlicher Ideologien, nämlich Materialismus, Nihilismus, Anarchismus und Terrorismus.

Wir sind als Christen herausgefordert durch Angriffe auf unsere Wert- und Glaubenshaltungen, auf Sitte, Familie, auf all das, was seit Generationen das Leben unseres Volkes geprägt hat. In dieser Situation dürfen wir nicht resignieren, müde werden, uns billig anpassen. Jetzt gilt es, das Glaubenserbe nicht nur zu bewahren, sondern es fruchtbar zu machen für die Zukunft. Hierfür ist notwendig, daß wir, die evangelische Christenheit, uns zusammen mit unseren katholischen Glaubensbrüdern und -schwestern weltoffen und bekenntnisbewußt am Zeitgespräch der Gesellschaft beteiligen.

Im Vertrauen auf Gottes Liebe und Gnade sind wir zum Dienst am Mitmenschen, zum Einsatz und zur Pflichterfüllung gerufen. Dies gilt für die private und familiäre Sphäre, für das Leben in der Kirchengemeinde, für den Beruf und für jeden von uns als Staatsbürger.

Büchertips

Ernst Frank: Erlebtes Leben. Gedichtband, 80 Seiten. Georg Ströher Verlag, Celle

Mit diesem Gedichtband legt Pastor i. R. Ernst Frank seinen 7. Lyrikband

vor. Gedichte, aus deren Zeilen starke Glaubenskraft spricht und zu denen man in einer ruhigen Stunde sicherlich gerne greift.

Erwin Wilkens: Politischer Dienst der Kirche. 140 Seiten, 9,80 DM. GTB/Siebenstern 260, Gütersloher Verlagshaus

Das Taschenbuch enthält Arbeiten zur Grundlegung der politischen Ethik

und zu Einzelfragen politischer Verantwortung der Kirche. Der Verfasser nimmt im Grundlagenstreit zur politischen Ethik eine vermittelnde Position ein, indem er die politische Komponente kirchlicher Verkündigung und kirchlichen Handelns so konkret wie möglich auszuschöpfen versucht, zugleich aber die Kirche vor einer Politisierung ihres Auftrages bewahren möchte.

Weltweite Proteste gegen Genfer Mittelvergabe an Terrororganisationen

Britische Hilfsorganisation distanziert sich von Weltkirchenrat

Die bedeutende Hilfsorganisation des Britischen Kirchenrates, „Christian Aid“, hat sich von der Unterstützung aus dem Sonderfonds des Genfer Weltkirchenrates für die rhodesische Befreiungsbewegung „Patriotische Front“ öffentlich distanziert. Der Direktor der Hilfsorganisation, Dr. Kenneth Slack, begründete diese Haltung damit, daß die Maßnahmen des Weltkirchenrates zu Mißverständnissen führen müsse, weil in diesem Fall bei der Vergabe von Subventionen humanitäre Kriterien mit dem politischen Urteil über die Verfechter der „internen Lösung“ des Rhodesienproblems verbunden würden.

Evangelischer Arbeitskreis gegen Geldzuwendungen an Guerilla-Organisationen

Scharfe Kritik hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU an dem neuesten Beschluß des Weltkirchenrates in Genf geübt, 170 000,- DM aus dem Sonderfonds des Antirassismusprogramms der rhodesischen Guerilla-Organisation „Patriotische Front“ zur Verfügung zu stellen. Mitglieder und Sympathisanten dieser militanten, vor grausamem Terror nicht zurückschreckenden Organisation hatten erst Mitte Juni dieses Jahres zwölf britische Mitarbeiter und Angehörige einer Missionsstation in Rhodesien überfallen und brutal ermordet. Wie der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Peter Egen, in Bonn mitteilte, zeigt diese Entscheidung des Weltkirchenrates in erschreckender Weise das ungläubwürdige, verantwortungslose und pharisäische Handeln des Rates gegenüber der Anklage von Menschenrechtsverletzungen im südlichen Afrika. Die eindeutig marxistisch ausgerichtete Patriotische Front der Guerillaführer Nkomo und Mugabe erhalte nunmehr Gelder aus Genf,

während zur gleichen Zeit der auf Ausgleich und Versöhnung mit den Weißen im Lande ausgerichteten Bewegung des schwarzen Bischofs Muzorewa die Gelder aus Genf entzogen würden. Wenn den Mördern christlicher Missionare anschließend noch finanzielle Mittel für angeblich humanitäre Zwecke durch die Funktionäre des Weltkirchenrates zur Verfügung gestellt werden, sei dies ein erschreckendes Zeichen fehlender Christlichkeit im Weltrat der Kirchen.

Man wird sich angesichts dieser Haltung der Genfer Christenzentrale fragen müssen, wie lange und wie weit die Geduld der deutschen Mitgliedskirchen geht, solchem Treiben tatenlos zuzusehen.

Die Christen in der Bundesrepublik sind aufgerufen, in den Dialog mit ihren Kirchen über Arbeit und Aufgabenstellung des Weltkirchenrates einzutreten.

Evangelische Kirche rügt Weltkirchenrat

„Kritische Fragen“ müßten an die Zielsetzung des „Sonderfonds“ des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrates gestellt werden, meint der Präsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Walter Hammer (Hannover). Bisher seien für Zahlungen aus dem Sonderfonds an Befreiungsbewegungen humanitäre Kriterien in Anspruch genommen worden, schreibt Hammer in einer am 17. August 1978, veröffentlichten Mitteilung. Jetzt habe der Weltkirchenrat jedoch gleichzeitig mit der Zuwendung von 170 000,- DM an die Patriotische Front in Rhodesien aus politischen Gründen eine entsprechende Zahlung an die Befreiungsbewegung von Bischof Abel Muzorewa abgelehnt.

Die evangelische Kirche beteilige sich an dem Antirassismus-Programm des Weltkirchenrates nur insofern, als es sich nicht um den gesondert verwalteten Sonderfonds handele, der Befreiungsbewegun-

gen für humanitäre Zwecke unterstütze, stellt Hammer weiter fest. Die Evangelische Kirche in Deutschland habe den Sonderfonds finanziell nicht unterstützt, vielmehr habe der Rat der EKD diese Einrichtung von Anfang an abgelehnt. Auf die Verteilung der Mittel habe der Rat der EKD keinen Einfluß.

Heilsarmee droht mit Austritt aus Weltkirchenrat

Als Reaktion auf die Vergabe von Geldern an die rhodesische Befreiungsbewegung „Patriotische Front“ hat die Heilsarmee ihre Mitgliedschaft im Weltkirchenrat vorläufig aufgehoben. Die Entscheidung des Generals der Heilsarmee begründete die Sprecherin des Armeehauptquartiers in London, Captain Fairbank, mit den Worten: „Wir unterstützen keine Gewalt.“

Der Beschluß war gefaßt worden, nachdem der Weltkirchenrat aus dem Sonderfonds des Antirassismus-Programms 85 000 Dollar an die „Patriotische Front“ vergeben hatte. Die Befreiungsbewegung Muzorewas hatte kein Geld erhalten, weil – laut Begründung des Weltkirchenrates – ihre Zusammenarbeit mit dem Smith-Regime in der gemischt-rassischen Übergangsregierung und die von ihr angestrebte „interne Lösung“ nicht im Einklang mit den anglo-amerikanischen Vorschlägen zur Lösung der Rhodesienfrage stehe.

EKD soll Konsequenzen ziehen

Scharfe Kritik an der Unterstützung der rhodesischen Befreiungsbewegung „Patriotische Front“ durch den Genfer Weltkirchenrat mit 170 000,- DM hat jetzt auch der Präses des Gnadauer Verbandes, Pfarrer Kurt Heimbucher (Nürnberg), geübt. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) forderte Heimbucher auf, aus diesem „unerhörten Skandal endlich durchgreifende Konsequenzen zu ziehen“.

Der Gnadauer Verband ist die Vereinigung der evangelischen landeskirchlichen Gemeinschaften und hat 300 000 Mitglieder.

Die EKD könne sich ihrer Verantwortung für die Aktionen des Weltkirchenrates nicht entziehen, auch wenn sie sich an dem Sonderfonds, aus dem Befreiungsbewegungen für humanitäre Zwecke

unterstützt werden, nicht beteilige. Da die EKD fast die Hälfte des gesamten Etats des Weltkirchenrates trage, sei sie aber „mitverantwortlich für diese Subvention des Terrorismus im südlichen Afrika“, sagte Heimbucher. Es sei unerträglich, daß jeder evangelische Christ über seine Kirchensteuern eine Organisation mitfinanziere, die seit

1970 auch gewaltanwendende Gruppierungen subventioniere. Daß der Weltkirchenrat in diesem Jahr nur die „marxistisch orientierte“ Patriottische Front und nicht – wie im letzten Jahr – auch die gemäßigte Bewegung von Bischof Muzorewa unterstütze, lasse nach den Zielen des Antirassismus-Programms fragen.

Aus unserer Arbeit

Die Süddeutsche Zeitung schrieb über die diesjährige EAK-Landestagung in Bayern:

Wenn Pfarrer marxistisch denken

Würzburg: Soziale und gesellschaftliche Reformeuphorie, Überbewertung des materiellen Wohlstandes, ideologisierte „Machbarkeit“ und eine falsch verstandene Liberalität in Familie, Schule oder Beruf hätten zu einem bedrohlichen Verlust sittlicher Orientierungswerte geführt, beklagte Justizminister Karl Hillermeier auf der Landesversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in Würzburg. Der freiheitliche Rechtsstaat lebe aber von bestimmten Werten und Grundhaltungen, die einst beim Aufbau der Bundesrepublik selbstverständlich waren. „Seit Ende der 60er Jahre haben Sozialdemokraten und Freie Demokraten damit begonnen, diese gemeinsame Plattform zu verlassen“, sagte Hillermeier.

Unter dem Leitwort „Mut zur Verantwortung“ setzte der Arbeitskreis unter seinem Landesvorsitzenden,

dem Bundestagsabgeordneten Werner Dollinger, seine Diskussion fort, die er 1977 in Regensburg mit dem Thema „Grundwerte – Bürgerrechte und Gemeinde“ begonnen hatte.

Auf einer Pressekonferenz betonte Dollinger, es sei nunmehr die Aufgabe des Arbeitskreises, die evangelische Bevölkerung geistig und geistlich zu aktivieren; politisches Handeln und staatsbürgerliches Bewußtsein müßten sich mehr und mehr nach christlichen Geboten richten. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern wurde aufgefordert, den Gläubigen den Unterschied zwischen christlichem und marxistischem Menschenbild verstärkt klarzumachen. Diese Forderung unterstrichen auch der evangelische Theologe Horst Bürkle aus München und der Würzburger Dekan Rieger.

Kummer bereitet dem Arbeitskreis das Liebäugeln und handfeste Sympathisieren eines Teils protestantischer Theologen mit dem Marxismus, weil evangelische Christen dadurch unsicher würden. Dekan Rieger will bemerkt haben, daß die „Reformpolitik als politischer Religionsersatz“ ihre Fazi-

nation eingebüßt habe. Andererseits wurde bei der Pressekonferenz freimütig bemerkt: Die Existenz und Aktivität von Sekten signalisiere mitunter auch ein Verlangen nach christlich gelebten Grundsätzen, dem die Amtskirche offensichtlich nicht nachzukommen vermag – etwa vergleichbar mit den „Grünen Listen“ als eine Art Opposition zu den etablierten Parteien.

Protestanten finden neuerdings zunehmend ihre politische Heimat in den Unionsparteien. Bundesgeschäftsführer Peter Egen (Bonn) vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU gab dies bekannt. Von den „in die CDU neu eintretenden Mitgliedern in letzter Zeit sind 40 Prozent Protestanten (Anteil an der Bevölkerung im Bundesgebiet 50 Prozent). In Bayern sei eine ähnliche Tendenz festzustellen. Der Anteil evangelischer Christen in der CSU hat sich seit 1974 um 3 Prozent auf 15,8 Prozent erhöht (Anteil an der bayerischen Bevölkerung rund 25 Prozent). Das Defizit zwischen prozentualem Mitgliederanteil evangelischer Christen an der Gesamtbevölkerung werde nach und nach aufgearbeitet.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Kommende, Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn (kath.)
Brackeler Hellweg 144,
4600 Dortmund 12

23. und 24. September 1978

Neue Perspektiven der Entwicklungspolitik –

Tagung für Primaner und Studenten

Hermann-Ehlers-Akademie
Gurlittstraße 3, 2300 Kiel 1

2. bis 7. Oktober 1978

Politisches Grundseminar –

Unter Berücksichtigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung soll in dem einwöchigen Grundseminar die politische Struktur der

Bundesrepublik Deutschland analysiert werden

16. bis 21. Oktober 1978

Kommunalpolitisches Grundseminar –

Dieses Seminar gibt Einführung in rechtliche, historische und soziologische Grundlagen der Kommunal-

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, MdL; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, MdB ● Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06 ● Verlag: VVA-Druck, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf ● Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM ● Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf ● Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

politik. Es ist besonders geeignet für Mandatsträger bzw. Bürger, die aktiv die Geschicke ihrer Gemeinde oder Stadt mitgestalten wollen. Den unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Bundesländern kann durch die Wahl des Seminar-Ortes Rechnung getragen werden

Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen, Haus Ortlonn, Berliner Platz 12, 5860 Iserlohn

29. September bis 1. Oktober 1978
Christen und Kirchen in der heutigen UdSSR –
Akademietagung

3. bis 6. Oktober 1978
Der alte Mensch im Heim –
Tagung mit der Ev. Arbeitsgemeinschaft für Altenhilfe

7. und 8. Oktober 1978
Wachstum ohne Ende? –
Akademietagung zu Wirtschaftsfragen

Evangelische Akademie der Pfalz Große Himmelgasse 6, 6720 Speyer

23. und 24. September 1978
(Haus Mühlberg in Enkenbach)
Der Christ zwischen ökumenischem Auftrag und politischer Bindung

7. und 8. Oktober 1978
(Haus Mühlberg in Enkenbach)
Tagung für Mitglieder von Prüfungsausschüssen und Prüfungskammern für Kriegsdienstverweigerer

Evangelische Akademie Hofgeismar Schlößchen Schönburg, Postfach 12 05, 3520 Hofgeismar

15. bis 17. September 1978
Der Behinderte in der Werkstatt –
Probleme um die Betriebsverfassung der Werkstatt für Behinderte. In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Hessen der „Lebenshilfe für geistig Behinderte“

29. September bis
Begegnung mit der Frauenbewegung –

Das neue Frauenbild – Konsequenzen für die Kinder –
Das Christliche der Emanzipation

Evangelische Akademie Loccum 3056 Rehburg-Loccum 2

29. September bis 1. Oktober 1978
Renaissance der Vermögenspolitik?

16. bis 18. Oktober 1978
Rechtspflege und elektronische Datenverarbeitung –
Verbesserte Justizgewährung oder gefährdete Rechtssicherung der Bürger?

Evangelische Akademie Nordelbien Marienstraße 31, 2360 Bad Segeberg

25. bis 28. September 1978
Grundrechte für Kinder – Mit dem Deutschen Kinderschutzbund

29. September bis 1. Oktober 1978
Militärhilfe –
Aufrüstung in der Dritten Welt
In Zusammenarbeit mit Amnesty International

Evangelische Akademie Tutzing Schloß, 8132 Tutzing a. Starnberger See

29. September bis 1. Oktober 1978
Die Zukunft unserer Demokratie:
Initiative – Verantwortung – Gemeinsamkeit

Tagung des Politischen Clubs in Zusammenarbeit mit der Stiftung-Theodor-Heuss-Preis e. V.

18. und 19. Oktober 1978
Das Beamtentum – ein Ärgernis?
Kolloquium

20. bis 22. Oktober 1978
Macht und Gewalt – Theologisch-ethische Perspektiven

Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg Wintererstraße 1, 7800 Freiburg i. Br.

21. Oktober 1978
Wie heute von Erlösung reden?
Tagung für Religionslehrer und Katecheten

28. und 29. Oktober 1978
Matthias Grünewald und sein Isenheimer Altar
(mit Exkursion nach Colmar)

Heimvolkshochschule Rastede / Evangelische Akademie Oldenburg Mühlenstraße 126, 2902 Rastede 1 – Hankhausen

18. bis 22. September 1978
Freizeit für Senioren –
Im Rahmen der Arbeit der Evangelischen Erwachsenenbildung
27. bis 29. September 1978
Arbeitstagung
für Kommunalpolitiker

Evangelische Akademie Arnoldshain 6384 Schmitten 1 – Arnoldshain

22. bis 24. September 1978
Seminar für ehrenamtliche Mitarbeiter im Strafvollzug

22. bis 24. September 1978
Arbeit mit Drogenabhängigen im Strafvollzug –
Erfahrungen und Projekte

Evangelische Akademie 7325 Bad Boll

15. bis 17. September 1978
Ich habe ein Amt übernommen –
Tagung für Kirchengemeinderäte, die zum ersten Mal in den Kirchengemeinderat gewählt wurden

13. bis 15. Oktober 1978
Mitverantwortung in der Schule –
Eltern, Schüler, Lehrer – Partner oder Parteien?

Tagung für Elternbeiratsvorsitzende und interessierte Elternvertreter